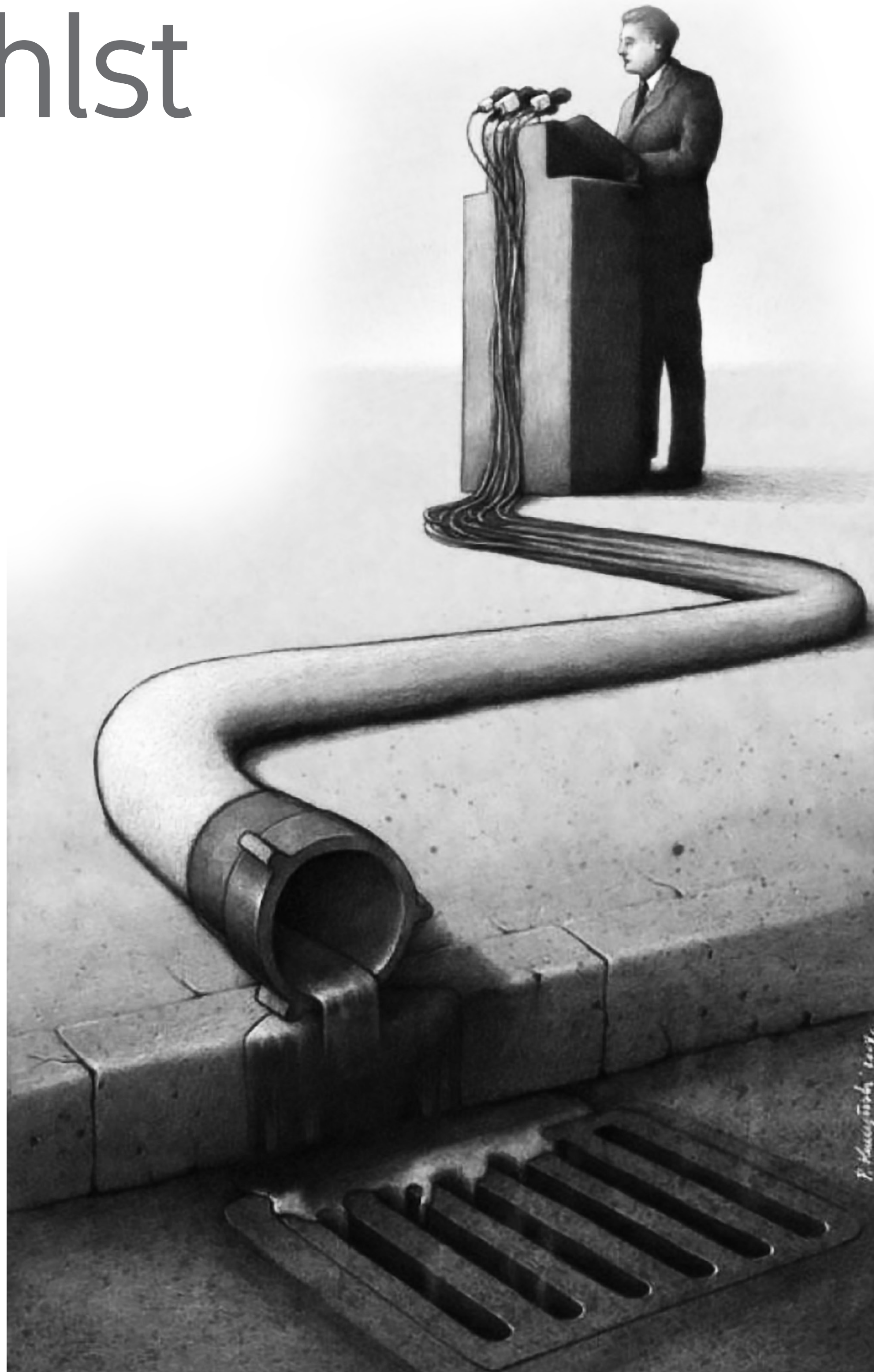
BEITRÄGE FÜR DIE UMWÄLZUNG ALLER VERHÄLTNISSE
SONDERAUSGABE WAHLEN 2021 · BERLIN SEPTEMBER 2021

Was wählst du?



In den Straßen hängen wieder Plakate mit - wenn auch meistens anderen - Gesichtern, jedoch den immer gleichen plakativen Sprüchen. Flugblätter unterschiedlicher Parteien werden einem wieder mal in die Hand gedrückt oder in den Briefkasten geworden. Aufs erneute wird um „Stimmen" gebuhlt. Es sind Wahlen... Und die Parteien und Politiker*innen hoffen, dass sie überzeugen können und Menschen bei ihnen „ihr Kreuz" machen. Und diejenigen, die zur Wahl gehen, erhoffen sich mit „ihrer Stimme" ihre Situation zu verbessern. Was jedoch das ganze politische Papier und die Pappe in den Straßen vor allem signalisiert, ist, dass man als Bürger*in wählen gehen soll, oder anders: die Wahlbeteiligung ist notwendig für die Legitimation des Staates!

Politik ist unzertrennlich verbunden mit dem Staat. Und anders herum benötigt jeder Staat eine Struktur, die bei der Verwaltung der Menschen hilft. Inwieweit dann ein Staat alle oder nur wenige dazu verpflichtet an der Politik „teilzunehmen", hängt von unterschiedlichen Faktoren ab, die jedoch immer dazu bestimmt sind, dass der Staat als zentrale Autorität fungiert und die Macht sammelt. Das bedeutet, dass in diesem Rahmen gesellschaftliche Probleme nur durch und mit dem Staat gelöst werden können. Die Unzufriedenheit bspw. über die Wohnungssituation oder Arbeitsbedingungen darf daher aus Sicht der Autoritäten nicht von den (betroffenen) Menschen selbst angepackt werden – wenn, dann nur zu einem gewissen Maße. Die Unzufriedenen müssen sich stattdessen mit Unterschriftenlisten oder Wahlzetteln an die Regierung richten. Mehr lässt die „politische Errungenschaft" – die Demokratie, in deren Namen man sich verpflichtet fühlen soll seine „Stimme abzugeben" – nicht zu. Man gibt die eigene Stimme dann einer Partei und Politiker*in, die sich auch, selbst wenn sie aus Überzeugung handelt, immer innerhalb des politisch-parlamentarischen Rahmen befindet, bei der Gelder und eigene politische Macht von größerer Bedeutung sind.

Die Essenz der politischen Wahl (wie auch der Politik) ist in erster Linie immer die Herrschaft, bzw. den Staat zu ermächtigen. Die Lösung von gesellschaftlichen Problemen (durch die Politik), ist immer zweitrangig, eben nach der Legitimation des Staates. Daher geht es um mehr Befugnisse, Verbote, Regulierungen, usw., da dies einen Staat, Herrschaft und Autorität notwendig macht und bestärkt. Aber wie kann man die Wohnungssituation grundlegend verändern, wenn man nicht die Eigentumsverhältnisse, die für den Staat unerlässlich sind, erschüttert? Wie kann man prekäre Lebenssituation und Armut bekämpfen, wenn man weiterhin im kapitalistischen Rahmen bleibt? Wenn man nur die Lösungen in Betracht zieht, welche die soziale Marktwirtschaft bietet (Arbeitslosengeld, Mindestlohn, usw. also lediglich die Armut verwaltet)? Grundsätzlich werden durch „Wahlen", die Politik, keine Probleme gelöst, geschweige denn, gesellschaftlichen Verhältnisse verändert. Es werden lediglich Konflikte befriedet, verwaltet und verlagert. Wenn man die Analyse teilt, dass Staat und Kapital die fundamentalen sozialen Probleme schaffen, dann ist es eine Farce zu glauben, dass man mit seinem „Kreuzchen" etwas ändert oder verbessert, oder gar grundlegendes an den Verhältnissen ändert. Es sollte daher nicht überraschen, dass eine SPD zwar von „Selbstbestimmung" redet, jedoch maßgebliche repressive Maßnahmen gegen arme Menschen ausarbeitet; dass die Partei die Linke in Thüringen an Abschiebungen beteiligt ist und so weiter...

Politische Wahlen sind bloß für diejenigen wichtig, die sich bereits mit der beschränkten Rolle der Bürger*in – und somit auch den Staat als ultimative Autorität – abgefunden haben; also sich auch damit Abgefunden haben, dass gesellschaftliche Probleme am politischen Tisch gelöst werden sollen. Denn durch die Entscheidung zur politischen Wahl zu gehen, entscheidet man sich, dass die gesellschaftlichen Konflikte – die Frage „wie zusammenleben?" – der „Straße" (an der sich jede*r direkt beteiligen kann) entrissen wird und lediglich am politischen Tisch indirekt durch Repräsentant*innen diskutiert werden soll; an dem Platz der nur Politiker*innen vorbehalten ist oder denen, die zu ihnen werden. Der Glaube, dass gesellschaftliche Themen, die einmal von der Politik (bzw. dem Staat) vereinnahmt wurden, wieder auf die „Straße" gelangen, ist schlichtweg naiv. Und hier spreche ich nicht mal davon, wie soziale Konflikte von der Politik befriedet werden, so dass sie keine radikalen Fragen mehr stellen oder keine Gefahr mehr für die bestehenden Verhältnisse darstellen.

Zu der in der Überschrift aufgeworfenen Frage: Was wählst du? Ich wähle die direkte Auseinandersetzung mit sozialen Problemen, ohne Repräsentation und ohne Stimmzettel. Ich gehe also nicht wählen (auch nicht zu Volksentscheiden), dies nicht, weil mir das Wahltheater egal ist, sondern ich bleibe bewusst jeglicher politischen Wahl fern. Es ist nicht nur entscheidender was man Abseits der Urne macht. Die politische Wahl steht einem selbstbestimmten Leben entgegen. Wahlen tragen dazu bei, dass die Idee der Repräsentanz und die Entfremdung gestärkt wird, dass man zwar sagen kann was das Problem ist, jedoch andere entscheiden was für einen die bessere Lösung ist. Wahlen stärken den Staat und das Kapital, welche grundlegende Verursacher gesellschaftlicher Probleme sind. Durch die Wahlen geht die (u.a. eigene) Unterdrückung und Ausbeutung weiter und wird legitimiert, egal welche Partei man wählt.

Es geht also um eine grundlegende Kritik an Wahlen, einer so wichtigen Methodik des Staates, um sich zu legitimieren und zu bevollmächtigen. Wahlen bleiben immer innerhalb der Staatlichkeit, also können sie die Ursachen niemals bekämpfen (bestenfalls nur die Symptome erträglicher machen). Wenn man ein Interesse an realer oder auch tiefgreifender Veränderung hat, dann muss man Pfade fern ab von Wahlen, Stimmzetteln und Repräsentanz suchen und diesem Wahltheater bewusst entgegenstehen.

Das Vertrauen in die Politik stärken: *Deutsche Wohnen Enteignen* wählen

Berliner*innen können bei der Bundestagswahl 2021 auch über den „Volksentscheid" *Deutsche Wohnen Enteignen* (DWE) abstimmen. Was will DWE? Was bringt die Wahl?

ENTEIGNUNG

Die DWE fordert angeblich Immobilienkonzerne zu enteignen. Enteignen bedeutet, das Eigentum zu entziehen. DWE fordert aber hohe Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe für die Immobilienfirmen, die mit diesem Geld woanders andere Mieter*innen ausbeuten können. Anders gesagt, die Firmen sollen zum Verkauf gezwungen werden. DWE schreibt sich auf die Fahnen, den Begriff Enteignung in die Diskussion gebracht zu haben. Das stimmt: DWE entzieht ihm jede grundlegende Bedeutung.
Enteignungen die an den Grundfesten der Ausbeutung rütteln, sind Diebstahl, Bankraub und kollektive Aneignung der Produktionsmittel durch die dort Arbeitenden. Oder aber beispielsweise Besetzungen, sodass die Häuser denen gehören, die sie gerade benutzen.

VOLKSENTSCHEID

Kein „Volk" entscheided hier irgendwas. Es wird apelliert und eventuell etwas Druck

weiter auf Seite 2

Fortsetzung: Das Vertrauen in die Politik stärken: *Deutsche Wohnen Enteignen* wählen

auf Politiker*innen ausgeübt. Am Ende entscheiden Politik, Justiz und Marktwirtschaft, denn dieses System wird sich nicht selbst abschaffen. Der Rahmen der Gesetze und ihrer Organe ist klar gesteckt, „Volksentscheide“ und andere Wahlen sind willkommene Legitimierungen für diese. Und was diese Welt bedeutet, ist offensichtlich: Ausbeutung Vieler zum Nutzen Weniger, Entscheidungsgewalt Weniger über Viele, Verdienstleistung aller Lebensbereiche, technologisierte Vereinzelung, (staatlicher) Rassismus, staatliche Autorität statt Selbstbestimmung, etc.. Wer mit abstimmt, nimmt Teil am Spektakel dieser Abscheulichkeiten.

REFORMISMUS

Reformen und Umgestaltungen sind für die Herrschaft notwendig und gewollt. Wenn Bewegung ist unter den Menschen, wird der Staat entweder repressiver oder bringt Reformen oder beides. Es braucht nicht unbedingt eine „Bewegung“ die Reformen fordert, der Staat macht das auch so. Reformen ändern nichts grundsätzliches, im Gegenteil, sie stützen und fördern bestehende Systeme. DWE macht hierfür wunderbare Werbung, sich weiter von der Politik verarschen zu lassen.

ERFOLG

Wahrscheinlich wird die Politik die Forderungen von DWE nicht umsetzen. Im besten Fall werden einige merken, dass Appelle an die Politik nichts bringen, oder selbst Politiker*in werden, um endlich an den Schalthebeln zu sitzen und „wirklich“ etwas verändern zu können. Viele werden enttäuscht und resigniert sein. Falls die Forderungen doch umgesetzt werden sollten, was sehr unwahrscheinlich ist, wäre das ein Erfolg für die „Teinahme“ an der Politik. Die Politik, die eine herausragende Rolle am Elend dieser Welt spielt, ist in sich hierarchisch und entfemdend. Politik bedeutet Delegation und Abgabe der eigenen Verantwortung, sie ist das Gegenteil von Freiheit. Denn Freiheit basiert auf der freien Vereinbarung, der individuellen Entfaltung und Verantwortung, sowie der Selbstorganisierung. All das können kein*e Vertreter*innen und Sprecher*innen haben, denn die Politik bedeutet die Durchetzung übergeordneter Macht.

PERSPEKTIVE

Anscheinend fehlt es an einer nicht-staatlichen Perspektive, denn die Herrschaft steckt in allen Köpfen. Dass die nie endende soziale Revolution morgen nicht stattfinden wird, mag ernüchternd wirken. Es gibt jedoch keine andere Alternative, die nicht neue Ausbeutung und Herrschaft bedeutet. Die Elemente einer freien Welt jedoch gibt es fast überall und heute, sie zeigen sich in selbstbestimmtem Handeln, in gegenseitiger Hilfe, im Austragen von Konflikten. Die Enteignung von der Enteignung unserer Leben ist ein sehr konkretes Ziel, dass sich im Angriff, wie auch in selbstorganisierten Projekten, zeigt. Wenn soziale Probleme verwaltet werden, sind es lediglich verwaltete Probleme. Sie müssen aber so direkt wie möglich gelöst werden, um etwas grundlegend zu ändern. Entscheidend ist, was ich tagtäglich wähle. Nicht eine Unterschriftenliste wird die Verhältnisse ändern, sondern deine Entscheidungen, deine Wahl in jedem Moment des Lebens.



Die tatsächliche Wahl

Alle Menschen wählen tagtäglich, sei es aufzustehen und zur Arbeit zu gehen, ein Boss oder kein Boss zu sein, zum Militär zu gehen oder nicht. Die Zwänge und die Abhängigkeiten, die dahinter stehen verleiten meistens dann doch dazu aufzustehen... von echter Freiwilligkeit ist in dem Fall wohl kaum zu sprechen. Doch jede Wahl bedeutet Verantwortung für die Konsequenzen zu übernehmen. Manchmal nehmen wir sie gezwungenermaßen in Kauf, manchmal auch nicht, aber auch das Wählen oder Nichtwählen hat seine Folgen. Das Nichtwählen ist weniger eine Frage des sich Entziehens, sondern die Wahl zu treffen, die auf die Möglichkeiten abzielt im eigenen Umfeld etwas zu verändern. Im demokratischen Diskurs des Wählens wird ein Wunsch nach Freiheit auf eine grundlegende Veränderung, auf einer oder mehreren Ideen, Gedanken und Träume, zu Grabe getragen. Die Demokratie, die „Volksherrschaft“ ist nichts Wert, denn solange Menschen andere beherrschen und dies zum guten demokratischen Ton gehört, wird sich nichts grundlegendes in dieser Gesellschaft verändern. Diese demokratischen Grundwerte, die auf einem tief verankerten Staatsglauben beruhen, sind verantwortlich für die Ausbeutungs- und Zwangsverhältnisse, die sich wie eine Katze in den eigenen Schwanz beißt und alle 4 Jahre von neuem legitimiert werden. Die Auswirkungen von der Aufrechterhaltung dieser Ordnung schafft auf allen Ebenen lokale und globale Konflikte. Herrschaft, Macht, Autorität und der Glaube daran, dass ihre Ausübung Recht und Ordnung schaffen würden ist das Gegenteil von der individuellen und kollektiven Möglichkeit zu Wählen.

Diese Zeilen mögen sehr abstrakt klingen und die Herausforderung liegt darin Ansätze zu finden, die diese Welt und ihre Werte zum Einsturz bringen. Bei den politischen Wahlen nicht zu wählen ist eine Handlung gegen diese Gesellschaft und ihre Werte, die z.B. auf Herrschaft und Eigentum aufbauen. Für antipolitische und antiautoritäre Tendenzen ist es meist einfach den Ist-Zustand zu beschreiben, zu analysieren und zu verdammen, ohne jedoch das Augenmerk auf die eigenen Ideen und Methoden zu richten. Essen klauen, Häuser und Plätze besetzen, Symbole des Kapitalismus brandstiften und entweihen oder auch in einem Gemeinschaftsgarten kollektiv und ohne Hierarchien Gemüse anzubauen sind nötige Handlungen um jetzt schon die Grundfesten zum bröckeln zu bringen. Jede*r kann jederzeit wählen, unabhängig von Privilegien, einer Demokratie oder Diktatur. Die Konsequenzen die dafür zu bezahlen sind, sind leider unterschiedlich und ungerecht. Die revolutionäre Wahl ist ein Wagnis ohne Gewissheit - ganz im Gegensatz zur politischen Wahl, die mit ihren Sicherheitsversprechen keine Änderungen hervorruft und wenn dann nur für einen Teil der Oberschicht, oder um die Unterschicht zu besänftigen. Mit diesen Worten stellen sich viele Fragen, denn wenn die politischen Wahlen außerhalb der Möglichkeiten stehen, etwas zu verändern, was kann dann getan werden? Es gab und es gibt immer wieder Menschen die sich dessen bewusst werden, und anstatt zu gehorchen, gehen sie auf die Straßen dieser Welt und fordern keine Reformen und Fortschritt mehr, sondern eine komplette Umwälzung, in der kein Platz für die alte Normalität ist.

Für die Staatsgläubigen funktioniert es wahrlich durch Politik und Reformen temporäre „Verbesserungen“ zu erringen, doch keine Politik kann die Ordnung von Grund auf in Frage stellen, sonst müsste sie sich von einem Moment auf den anderen selbstentmachten und das ist bisher eher selten passiert. Jegliches Machtverhältnis kann nicht ohne Befürwortung, dem Durst nach Macht existieren. Die Teilnahme oder der Ausbruch aus diesem Teufelskreis ist die tatsächliche Wahl-Frage.

KONTAKT: kanaille-zeitung@riseup.net

V.i.S.d.P.:
F. Euer
Straße der Pariser Kommune 1
10243 Berlin

Eigendruck im Selbstverlag